

Die grosse Umverteilung

Im Zentrum der Klimakonferenz in Baku stand ein riesiger Geldtopf. Philipp Aerni, Nachhaltigkeitsexperte mit Uno-Erfahrung, erklärt, welche Wirkungen davon zu erwarten

Beat Gygi

Die zweiwöchige Uno-Klimakonferenz COP29 in Baku, Aserbaidshans Hauptstadt, hat sich vor allem um einen Geldtopf gedreht. Nach zähen Verhandlungen haben sich die knapp 200 Regierungen darauf geeinigt, die Geldtransfers aus den Industriestaaten des Nordens an die Entwicklungsländer bis 2035 auf jährlich rund 300 Milliarden Dollar zu erhöhen. Die Empfängerländer hatten vor der Konferenz gar jährlich um die 1300 Milliarden Dollar Zuwendungen gefordert.

Der Geldtopf von Baku läuft auf eine Verdreifachung der Transfermittel hinaus, denn in jüngerer Zeit galten 100 Milliarden pro Jahr als Umverteilungsziel. Der Bundesrat hatte für die Schweiz früher einen jährlichen Betrag von 450 bis 600 Millionen Dollar als «fair» bezeichnet. Zudem versprach die Uno-Konferenz in Baku, durch Zusammenarbeit aller Akteure die Finanzmittel für Entwicklungsländer aus öffentlichen und privaten Quellen bis 2035 auf 1300 Milliarden Dollar pro Jahr aufzustocken. Irgendwie.

Agenturen, Agenturen, Agenturen

Das neue Finanzziel heisst «New Collective Quantified Goal on Climate Finance», und die Uno versucht es als Instrument darzustellen, das allen diene und nicht einfach auf eine Umverteilung von Nord nach Süd hinauslaufe: Es sei eine «Versicherungspolice für die Menschheit, die von den sich verschlimmernden Klimafolgen betroffen ist», die jedes Land treffen könnten. Und es werde den «Boom sauberer Energien weiter vorantreiben und allen Ländern helfen, an den enormen Vorteilen teilzuhaben: mehr Arbeitsplätze, stärkeres Wachstum, günstigere und sauberere Energie für alle».

Wie sind diese Ansprüche einzuschätzen, was sind die Errungenschaften dieser Welt-Klimakonferenz, die in Baku über die Bühne gegangen ist? Wir fragen Professor Philipp Aerni, Direktor des Centers for Corporate Responsibility and Sustainability an der Hochschule für Wirtschaft Fribourg. Nach einem Studienabschluss in Geografie, Umweltwissen-

Das neue Finanzziel diene allen und laufe nicht auf eine Umverteilung von Nord nach Süd hinaus.

schaften und Ökonomie und einem Doktorat an der ETH Zürich in Agrarökonomie arbeitete er unter anderem als Projektleiter bei der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Er hat somit Erfahrung mit dem Uno-Betrieb und meint: «Zu den auffälligsten Punkten der Konferenz in Baku zählt meiner Ansicht nach der starke Fokus auf die Finanzen, der anfängliche Anspruch, man müsse den Mitteleinsatz verzehnfachen, um die gesteckten Klimaziele zu erreichen.»

Mit der Summe allein sei es aber nicht getan. Damit engverbunden sei der Konflikt, welche Länder wie viel bezahlen sollen. Die Europäer vertreten die Ansicht, dass jetzt China und die Golfstaaten einen namhaften Teil übernehmen müssten, denn diese seien ja längst keine Entwicklungsländer mehr. Der globale Süden fordere ein Recht auf Entwicklung und auf Unterstützung beim Reparieren der Schäden, die durch das Verhalten der reichen Länder entstanden seien. Aerni: «Generell fände ich es sinnvoll, den am stärksten betroffenen Ländern, die arm sind, mehr Mittel für Anpassungen an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen. Aber es wird sehr viel moralisiert.»

Im Umverteilungskampf würden alle gezogen. Besonders verwickelt ist nach Aerni die Einschätzung der Frage, was mit dem Geld im Topf gemacht werden soll. Er sagt: «Zunächst gibt es eigentlich keine konkreten Aufgaben, weil oft höchst umstritten ist, wie die Mittel investiert werden.» Er habe sich etwas angeschaut, wie dieses Geld bis jetzt verteilt und auffällig sei: «Das ist häufig mit Bürokratie verbunden.» Zur Umsetzung von Massnahmen würden meist auf Verwaltungsstrukturen aufgebaut: «Zunächst in der Regel im Geberland eine eigene Agentur ins Leben gerufen, deren Aufgabe es ist, an eine internationale Organisation zu berichten. Dort wird ebenfalls eine eigene Agentur für Ein- und Auszahlungen aufgestellt. Und jedes Empfängerland muss auch wieder eine eigene Agentur einrichten, um das Geld zu empfangen.»

Wo ist der Privatsektor?

Und auf allen Stufen seien meist Konditionalitäten zu berücksichtigen, die dem Geberland, welche Bedingungen die Geldflüsse verbänden. «Am Schluss kommt die effektive Anwendung wenig an», fasst Aerni seinen Eindruck zusammen. Meist werden einzelne Projekte im Fokus, etwa Aufforstungsprojekte oder Investitionen in erneuerbare Energien, aber eine umfassende Wirkung der Zahlungen fehle. Priorität haben oft, das Geld ins eigene Land zu leiten, jeder koche sein eigenes Gemüse, und die Koordination sei häufig chaotisch. Die Kontrolle konzentriert sich in der Regel auf die erfolgten Zahlungsflüsse.

Das Hauptproblem bei diesen Uno-Konferenzen bestehe darin, dass staatliche, parastataatliche und nichtstaatliche Akteure, zu denen insti-



Lernt man aus der langen Reihe der Konferenzen denn nichts?

zahlreiche NGOs und Universitäten gehören, das ganze Geschehen bestimmten, sagt Aerni und fügt an: «Der Privatsektor dagegen spielt eine sehr marginale Rolle im Ganzen, obwohl wir alle wissen, dass Lösungen nicht in Regierungen oder an Universitäten entwickelt und umgesetzt werden, sondern in der Wirtschaft.»

Konkurrenz vermeiden

Klar, alle Parteien betonten in der Klimadebatte immer die Notwendigkeit, dass Lösungen skaliert, also in grossem Massstab, umgesetzt werden müssten, um Wirkung zu entfalten. Genau dafür brauche man die Wirtschaft. «Ohne Wirtschaft wird nichts skaliert. Aber genau dieser Sektor ist an Konferenzen wie der COP kaum präsent. Sicher, die internationale Handelskammer ist als Vertretung der Wirtschaft dabei, aber das ist eine Dachorganisation, die eigentlich kaum involviert ist in konkrete Projekte, in die Prozesse der Wertschöpfungsketten.»

Moment, die Weltkonferenz zu Klima und Umwelt gibt es ja seit Jahrzehnten. Lernt man aus der langen Reihe der Konferenzen denn nichts, gibt es nicht mit der Zeit solide Erkenntnisgewinne? Oder werden einfach nur Rituale durchgespielt? Aerni ist skeptisch: «Persönlich finde ich es frustrierend, wie sich das entwickelt hat.» Er selber kennt die Abläufe aus seiner Zeit bei der Uno. «Es ist eben so, dass jeder, der dort in einem Panel auftritt, eine Institution repräsentiert, die ihm genau vorgibt, was er sagen darf und was nicht. Alle verfolgen in ihrer Rhetorik eine Art Teflonpolitik; das heisst, möglichst wenig Begriffe zu benutzen oder Themen anzusprechen, die eine Angriffsfläche schaffen könnten.»

Man rede von Partizipation, alle müssten involviert werden, es brauche einen ganzheitlichen Ansatz, die Initiativen müssten koordiniert werden, man müsse sich darauf fokussieren, Synergien zu identifizieren und so

weiter. «Es wird zu einer Metadiskussion all die Themen, die eigentlich den Leuten den Nägeln brennen, werden gar nicht lisch behandelt. Die Diskussionen verhandelt auf einem abgehobenen Niveau. Es wird immer von Lösungen geredet, aber auf Lösungsebene gelangt man gar nicht, konkret genug werden die Debatten nie

So werde auch nicht näher geprüft, w Ansätze tatsächlich funktionierten, w zum Beispiel skalierbar seien, was sic

So werde auch nicht näher geprüft, welche Ansätze tatsächlich funktionierten.

währt habe. «Vergleiche und Bewertungen zustellen, gilt in diesen Organisationen als potenziell diskriminierend, denn festgestellt würde, dass die eine Initi

erfolgreicher ist als die andere, wäre das ein unerwünschter Kontrast. Solche Angriffsflächen würden nicht goutiert.» Die Tatsache, dass praktisch alle Akteure diese Risikovermeidungsstrategie verfolgen, mache die ganze Arbeitsweise der Institutionen unergiebig.

Als Beispiel nennt Aerni die «Baku Harmoniya Climate Initiative for Farmers», die mit Blick auf die Landwirtschaft an der COP29 diskutiert wurde, eingebracht von der Uno-Landwirtschaftsorganisation. Die Initiative soll wie eine Klammer unterschiedliche Initiativen, Koalitionen, Netzwerke und Partnerschaften

Ein selbstkritisches Überdenken der eingeschlagenen Strategie sei nicht die Stärke der EU.

zusammenführen, um Landwirte, Dörfer und ländliche Gemeinden zu stärken. Derzeit gibt es mehr als neunzig globale oder regionale Initiativen, Netzwerke und Partnerschaften und einen entsprechenden Bedarf an Abstimmung. Aerni dazu: «Betrachtet man, was das Ziel dieser Harmonieinitiative ist, geht es vor allem um eine Bestandesaufnahme, und einmal mehr steht



«Nutzung der modernen Biotechnologie in der Landwirtschaft»: Agrarökonom Aerni.

Konvergenz im Vordergrund, einmal mehr der Appell, nicht gegeneinander zu arbeiten, sondern miteinander.» Alle betonten, dass es nicht darum gehe, sich zu konkurrenzieren. So bleibe es bei der Kooperationsrhetorik, der Wettbewerb werde ausgeblendet, alles gelte als gleich gut. «Und am Schluss hat man ein Kartell.»

«Farm to fork»-Strategie

In der Klimapolitik gibt es ja im Grunde genommen zwei Schienen, einerseits die der CO₂-Reduktion, also Dekarbonisierung, andererseits die der Anpassungsmassnahmen an den Klimawandel. Gibt es Tendenzen von der einen zur anderen Seite? Aus Aernis Sicht ist es immer noch so, dass die EU und europäische Länder auf dem Standpunkt beharren, die Dekarbonisierung, also Treibhausgasreduktion, müsse absolute Priorität haben. Dies im Gegensatz zu den Entwicklungsländern, die geltend machen, sie seien am stärksten betroffen und bräuchten Unterstützung für Anpassungsmassnahmen.

«Nach meiner Einschätzung hat die EU wenig konkrete Erfolge vorzuweisen. Sie hat ihre Vorbildfunktion eingebüsst, wenn man schaut, was der Green New Deal tatsächlich gebracht hat. Mit dem Green New Deal hat die EU die Probleme nicht gelöst, sondern sie lediglich in andere Länder verlagert.» Die Brüsseler Vorstellung, man könne quasi via Regulierung die Umweltprobleme lösen, habe so nicht funktioniert.

Aerni nennt das Beispiel Landwirtschaft: «Die «farm to fork»-Strategie zielt ja darauf ab, die Extensivierung der europäischen Landwirtschaft zu fördern, sie soll ökologischer werden – auch wenn damit höhere Ernteverluste in Kauf genommen werden müssen. Eine geringere Produktivität wegen Extensivierungsmassnahmen hat zur Folge, dass mehr Agrarflächen ausserhalb der EU nötig werden, um Europas Bevölkerung zu ernähren. Somit wird das Problem einfach verlagert. Was die europäischen Länder brauchen, um diesen *land use change* zu verhindern, wären Investitionen in eine nachhaltige Intensivierung, zu der auch Präzisionslandwirtschaft zählt und die Nutzung der modernen Biotechnologie in der Landwirtschaft, kombiniert mit verbesserten agrarökologischen Praktiken.» Ein selbstkritisches Überdenken der eingeschlagenen Strategie sei jedoch nicht die Stärke der EU.

Auch andere Lösungen aus Europa seien nicht überzeugend. So der Aus-

stieg Deutschlands aus der Kern- das Festhalten am Verbot gentechn. Methoden wie Gen-Editing. Aerni weiss, dass eine Kombination von Technologien und agroökologischen dringend nötig ist, aber die EU g. Schritt voran.»

Wenn es um die Anpassung an d. wandel gehe und auch um die F. die Landwirtschaft nachhaltiger z. also Sorten auf weniger Pestizid- u. mitteleinsatz, auf mehr Resistenz ; Schädlingen, Dürre und Nässe aus dann komme man um moderne züchtung und damit um moderne g. logische Methoden nicht herum.

Schweizer Bequemlichkeit

«Aber das Wort «Biotechnologie» fällt wo. Dabei ist allen klar, dass beim von einer petrobasierten in Richtung basierten Industrie die Biotechn. zentrale Rolle spielen muss. Wir hab. Erfahrung mit der Agrarbiotechnolo. fürchteten Risiken sind nicht einget. der Nutzen für Umwelt und das Klim. buisiert, obwohl vieles gut dokum. Seit dem Inkrafttreten des Morat. Jahr 2006 ist eine geistige Bequem. der Schweizer Politik zu beobachten. fristig der Nachhaltigkeit schadet, de. nen nicht einfach weitermachen wie

Werden denn Ernährungssiche. Wachstum vernachlässigt in der Klim. Aerni sieht es so; eine wichtige Kritik. EU und Europa den Fokus derart aus. auf die Klimafrage legten und das V. dafür fehle, dass in Entwicklungsl. Armut der Hauptfeind der Nachha.

Um moderne Pflanzenzücht. um moderne gentechnologische Methoden komme man nicht

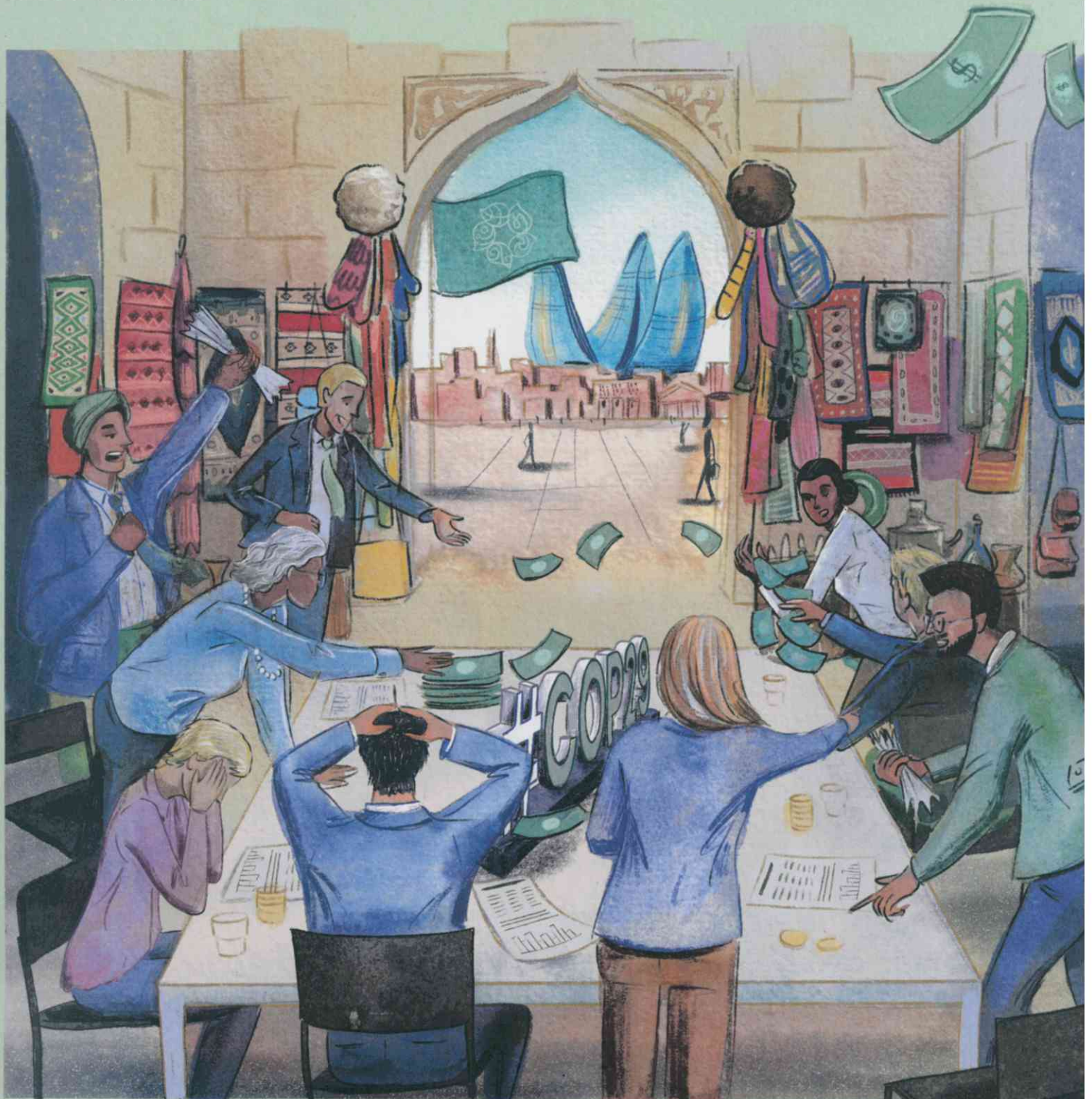
und nicht der Wohlstand. Es wäre a. den Entwicklungsländern vorzusch. sie ihre Energie- und Nahrungsmit. gehen sollen. «Wenn wir unsere R. sen Ländern via Entwicklungszusan. oder Handelsbarrieren aufs Auge drü. der Agrarökonom, «untergraben wi. Nachhaltigkeit auf breiter Front, ins. wenn sich diese Rezepte selbst in EU. effektiv erwiesen haben.»

Kommentar zur EU-Agrarstrategie («farm to fork») <https://doi.org/10.3389/frevc.2022.1082869>

Bastien Girod über die EU-Taxonomie, Stefan Kröpelin über Afrika

WELTWOCHEN GRÜN

Nummer 6 – 5. Dezember 2024



Jahrmarkt der Begehrlichkeiten

Wie man Erderwärmung zu Geld macht:
Hintergründe und Analysen zur Klimakonferenz in Baku